

insgesamt knapp 370 Mitglieder von 1.325 an den Wahlen der Delegierten für den Stadtparteitag und damit knapp 28%. In Chemnitz beteiligten sich gar insgesamt ca. 40% der Mitgliedschaft an den Gesamtmitgliederversammlungen in den 31 Ortsverbänden.

Legt man diese Zahlen zu Grunde, liegt die Beteiligungsquote, unbeachtet Krankheit, Urlaub und Terminüberschneidungen, in den Kreisverbänden zwischen 13% und 28% und im Landesschnitt (unbeachtet Görlitz und Chemnitz) bei 18,3%. Damit ist eine Beteiligungsquote im Sinne von Teilnahme an Mitgliederversammlungen ab der Kreisebene von maximal 20% sehr realistisch. Mit den (optimistischeren) Mitgliederzahlen für 2021 ist es also nicht abwegig, in Sachsen von maximal ca. 1.230 Mitgliedern auszugehen, die bis zur Kreisebene bereit sind, sich aktiv am Parteileben zu beteiligen.

2. Finanzentwicklung und Machtgewinn des Parlaments

Die mittelfristige Finanzplanung geht für 2021 von 5.533 Mitgliedern aus und knapp 845.000 € an Mitgliedsbeiträgen, und damit von nur noch etwa 2/3 der Mitgliedsbeitragseinnahmen von 2016. Auch die klassischen Spenden dürften in etwa um den gleichen Anteil zurückgehen. Geht man in der Tendenz von weiter sinkenden Wahlbeteiligungen und damit auch weniger Stimmen für unsere Partei aus, dürften mithin auch die staatlichen Mittel weniger werden.

Anders verhält es sich bei Abgeordneten ab Landtagebene und den Fraktionen. Dort ist ein quasi kontinuierliches Wachstum der zur Verfügung stehenden Gelder – sowohl Diäten, als auch Aufwandspauschale sowie Personalbudgets – zu beobachten, welche in Summe auch bei sinkender Abgeordnetenzahl und damit kleineren Fraktionsgrößen zu insgesamt mehr Mitteln führen.

Stellt man tendenziell sinkende Eigenmittel der Partei den tendenziell wachsenden Ressourcen der Parlamentarier*innen und Fraktionen gegenüber, heißt dies letztlich nichts anderes, als dass letztgenannte ihre Privilegierung – und damit auch Machtfülle – der Partei gegenüber ausbauen. Im konkreten heißt dies im Übrigen auch, dass immer mehr abhängig Beschäftigte des Parlamentsbetriebs immer weniger ehrenamtlichen Genoss*innen (und auch professionellen Mitarbeiter*innen) gegenüberstehen. Bereits jetzt verfügen 3 MdBs (ohne Mitrechnung von Fraktions- und Parlamentsmitarbeiter*innen, sondern nur unter Beachtung der persönlichen Mitarbeiter*innen) über mehr Personalmittel als der gesamte Landesverband unserer Partei.

Man muss weder Misanthrop, noch Hellseher*in oder Apokalyptiker*in sein um zu erahnen, in welche Richtung diese Entwicklung für unsere Partei führt, wenn die Partei nicht gegensteuert: Sehr zugespitzt gesprochen würde sich die Partei von einer lebendigen Mitgliederpartei, getragen hauptsächlich von ehrenamtlichen Genoss*innen, immer mehr zu einem Pool von Cliques wandeln, die sich um politische – aber auch persönliche – Ressourcen streiten. Die Fragen, die hier zu klären sind, wären also: Wie bleiben das Verhältnis von Partei und Parlament in einem gesunden Gleichgewicht? Wie stellen wir sicher, dass nicht Parlament die Partei bestimmt? Wie stellen wir sicher, dass es nicht zu einer Abhängigkeit von Partei von Parlament kommt, ressourcentechnisch, inhaltlich und in der Ausrichtung der Politikgestaltung?

3. Landesweite Zusammenschlüsse

In Sachsen gibt es derzeit 30 Landesweite Zusammenschlüsse (LwZ), von denen sich einer in Gründung befindet und von denen 12 Delegierte mit beschließender Stimme zum Landesparteitag entsenden. Die 30 LwZs haben auf dem Papier zusammengefasst 1.283 Mitglieder. Darunter stellen die 12 LwZ, welche Delegierte mit beschließender Stimme zum Landesparteitag entsenden, 746 Mitglieder. Wobei hier nicht der Umkehrschluss erlaubt ist, dass 1.283 bzw. 746 Mitglieder unserer Partei Mitglied in einem solchen Zusammenschluss sind, da Mehrfachmitgliedschaften in LwZs in unserem Landesverband nicht nur möglich, sondern auch häufig sind.

Von den 746 Mitgliedern der LwZs, welche Delegierte mit beschließender Stimme zum Landesparteitag entsenden, haben insgesamt 145 an den Mitgliederversammlungen dieser 12 LwZs teilgenommen, wobei die Anwesenheitsquote stark zwischen 46% und 9% schwankt. Diese 12 LwZ entsenden insgesamt 24 Delegierten mit beschließender Stimme zum Landesparteitag und stellen damit 12% der Landesparteitagsdelegierten. Gewählt wurden diese 12% der Landesparteitagsdelegierten jedoch nur von, wobei dies auf Grund der Mehrfachmitgliedschaften eine absolute Maximalzahl darstellt, 1,56% der Mitgliedschaft unseres Landesverbandes, da nur so viele Menschen an den Mitgliederversammlungen der 12 LwZ zur

Wahl der Landesparteitagsdelegierten beteiligt haben. In 7 der 12 Fälle wurden die je 2 Delegierten von 4 bis 8 anwesenden Mitgliedern gewählt. Im Landesrat stellen die LwZ sogar fast 29% der Mitglieder mit beschließender Stimme.

Gleichsam sagen diese Zahlen nicht notwendigerweise etwas über den parteiinternen oder -externen Output aus, den die Landesweiten Zusammenschlüsse produzieren, der sehr unterschiedlich ausfällt. Neben LwZs, die sich quasi in permanentem Schlafmodus befinden, gibt es auch kontinuierlich aktive LwZs und solche, die vor allem zu bestimmten Anlässen aktiv werden.

4. Gleichstellung

Frauen werden in unserer Gesellschaft nach wie vor gegenüber Männern benachteiligt. Die Nach- und Auswirkungen einer patriarchalen Gesellschaft zeigen sich nicht nur in den bekannten messbaren „Hardfacts“ wie großen Lohnunterschiede oder enorme Unterrepräsentanz in Leitungsfunktionen, sondern gerade auch im kulturellen Umgang miteinander und in Bezug auf die gesellschaftliche Verteilung von Zeit. Frauen steht gesellschaftlich oft weniger freie Zeit zur Verfügung als Männern. Nicht selten müssen Frauen, um für ihre Arbeit die gleiche gesellschaftliche Anerkennung zu bekommen, wie Männer, ungleich beflissentlicher, zuverlässiger und fleißiger arbeiten. Das zeigt sich auch in verschiedenem durchschnittlichen Redeverhalten, wo sich festhalten lässt, dass bei Männern das An- und Verkündigungsgehabe gegenüber dem realen Schaffen deutlich stärker ausgeprägt ist, als bei unseren Genossinnen.

Im Landesverband Sachsen beträgt der Frauenanteil derzeit 45%. Bei den Neueintritten bewegte sich der Frauenanteil in den letzten Jahren irgendwo zwischen 25% und 30%. In den LwZs beträgt der Frauenanteil 28%.

Die Quotierung soll in unserer Partei eines der wesentlichsten, wenn nicht das wesentlichste, Instrument zur Gleichstellung sein. Durch den absinkenden Frauenanteil in der Mitgliedschaft und insbesondere den sehr niedrigen Frauenanteil in der Gruppe jener, welche als jüngere Mitstreiterinnen zu uns gekommen sind oder zu uns kommen werden – und sich damit auf absehbare Zeit die Hauptgruppe der Arbeitslastträgerinnen in unserer Partei stellen werden – droht die Quotierung bei Beibehaltung der bisherigen Strukturen jedoch ins Gegenteil umzuschlagen. Bereits jetzt finden viele Kreis- und Ortsverbände nur noch händeringend und unter großem Bitten oder gar Druck Genossinnen, die sich als Delegierte, Vorsitzende, Vorstandsmitglieder etc. zur Verfügung stellen. Zahlreiche Genossinnen, gerade der jüngeren und mittleren Altersgruppen, kennen die Situation, quasi ständig für (neue) Funktionen angefragt zu werden und befinden sich in Folge dessen häufig in Doppel- und Mehrfachfunktionen – und sind damit auch einer großen Belastung ausgesetzt.

Auf den gemischten Listen hingegen, die in der Realität unserer Partei fast immer reine Männerlisten sind, gibt es hingegen fast immer und überall noch genug Andrang und Genossen, die nicht gewählt werden. Dadurch dass die männlichen Genossen unserer Partei im Schnitt pro Kopf eine deutlich geringeren Belastungsgrad vorzuweisen haben und verbunden mit den oben beschriebenen kulturellen Aspekten, haben diese auch mehr Zeit, sich abseits des Tagesgeschäfts und der alltäglichen Parteirealität Fragen wie „Theorie“ und „Strategie“ widmen zu können.

Im Umkehrschluss wird Genossinnen gerade in diesen beiden Bereichen – und vor allem von Männern – ein Defizit angekreidet, welches überhaupt erst durch die Auswirkungen patriarchaler Strukturen entstehen konnte.

Durch die beständig steigende Mehrfachbelastung des weiblichen Teils unserer Mitgliedschaft drohen wir als Gesamtpartei, eben jenen (schrumpfenden) Teil der Partei zunehmend „kaputtzuspielen“ und zu verschleifen.

Eine wachsende Zahl von Ausnahmen oder gar die Abschaffung der Quote können und dürfen indes nicht als Lösungsansätze dieses Problems gelten. Vielmehr müssen wir die Strukturen unserer Partei derart anpassen, dass die Erfüllung der Quote, welche sich bisher in unserer Partei hinsichtlich der Gleichstellung als auch der Personalentwicklung durchaus als sehr wertvolles Instrument erwiesen hat, wieder möglich wird, ohne die beschriebenen negativen Begleiterscheinungen zu maximieren.

Das heißt letztlich: Nicht weniger Frauen in den Gremien, sondern kleinere Gremien – mit im Zweifelsfall weniger Männern. Denn die Quotierung von Gremien hat nicht nur einen „harten“ Einfluss im Sinne der politischen Verteilung von Entscheidungsmacht zwischen den Geschlechtern, sondern wesentlich auch eine kulturelle. Ein formal quotiert gewähltes aber unquotiert besetztes 10-Personen Gremien mit 5 Genossen und nur einer oder zwei Genossinnen arbeitet anders und ist kulturell anders (häufig: schlechter) Integrationsfähig, als ein tatsächlich quotiert besetztes Gremium.

5. Beratungs- und Terminintensität sowie Funktionär*innendichte

Unser Landesverband gliedert sich bekanntermaßen in 13 Kreisverbände, umfasst circa 150 Ortsverbände, 280 Basisorganisationen/Basisgruppen sowie etwa 30 Landesweite Zusammenschlüsse, 12 Redaktionen für Kreiszeitungen sowie eine ungezählte Zahl an lokalen Arbeitsgemeinschaften/Zusammenschlüssen. Das führt im Ergebnis zu einer entsprechenden Anzahl an Kreisvorständen, Kreisfinanzrevisionskommissionen, Ortsvorständen, Vorständen der Basisgruppen und Sprecher*innen der Zusammenschlüsse. Insgesamt gibt es neben den 22 Landesvorstandsmitgliedern, 45 Landesratsmitgliedern mit beschließender Stimme, den 6 Mitgliedern im Finanzbeirat, den 8 Bundesausschussdelegierten, den 5 Mitgliedern der Landesschiedskommission, den 6 Mitgliedern der Landesfinanzrevisionskommission, der Ombudsperson, den 55 Sprecher*innen der landesweiten Zusammenschlüsse sowie den 200 Delegierten zum Landes- und den 74 Bundesparteitagsdelegierten – also mithin 422 Aufgaben/Posten/Funktionär*innen auf Landesebene (!) ohne entsendete Mitglieder von Kommissionen etc. auch noch 13 Kreisvorsitzende, 13 Kreisschatzmeister*innen, ca. 150 weitere Kreisvorstandsmitglieder, ca. 60 Mitglieder der Kreisfinanzrevisionen, ca. 60 Mitglieder der Redaktionsgruppen der Kreiszeitungen und – sofern noch vorhanden – etwa 250 Kreisparteitagsdelegierte – also über 550 Aufgabenträger*innen auf Kreisebene ohne Sprecher*innen der Zusammenschlüsse auf dieser Ebene gibt. Hier ist selbstverständlich noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht: Es gibt noch knapp 150 Ortsvorsitzende, weitere ca. 1.000 Mitglieder der Ortsvorstände, 280 BO-Vorsitzende sowie über 500 weitere Mitglieder der Vorstände der Basisorganisationen – also weitere 1.930 Posten und Funktionen.

Alle diese Gremienmitgliedschaften sind mit Sitzungen verbunden. Die bisher genannten mit insgesamt 237 Sitzungen im Jahr. Zusätzlich fallen für jedes Mitglied gleiche Sitzungen an: Die Mitgliederversammlung der Basisgruppe/-Organisation, die Mitgliederversammlung im Kreisverband sowie – wo als GMV durchgeführt – die Mitgliederversammlung auf Kreisebene. Rechnet man dies auf Personensitzungstage, also Gremienmitglieder mal Sitzungsanzahl je Gremium, hoch, kommt auf eine Summe von 173.611 Personensitzungstagen. Ohne die genannten 3 Arten von Gesamtmitgliederversammlungen sind es „nur noch“ etwa 39.000 Personensitzungstage. Übersetzt: Rein formal betrachtet passiert es 173.611 mal im Jahr, dass ein Mitglied unseres Landesverbandes eine Sitzung oder eine Versammlung besuchen sollte. Ohne Entschuldigungen, Urlaube und Krankheiten kommen unsere real partizipierenden Genoss*innen auf 39.000 Personensitzungstage, also auf (siehe oben) angenommene 1.230 Genoss*innen im Schnitt 31,7 Sitzungstage pro Person. Oder anders: Auf die gleiche Zahl Genoss*innen verteilen sich über 3.000 Ämter. Selbst wenn man die Ebene der Basisorganisationen/-Gruppen sowie die Delegationen weglässt, verbleiben 1.721 Ämter in unserem Landesverband.

Nicht einbezogen sind hier freilich kurzweilige Arbeits- oder Aktionsgruppen, der Jugendverband sowie Rosa-Luxemburg-Stiftung und Kommunalpolitisches Forum. Beide verdienen ebenso mitgedacht zu werden wie auch unsere ca. 1.400 kommunalen Mandatsträger*innen mit ihren jeweiligen Aufgaben und Terminen, da die Mitstreiter*innen dieser Organisationen zum großen Teil aus unseren Genoss*innen schöpft. Ebenfalls nicht erfasst sind die Kommissionen auf Parteitag, welche sich jedoch häufig auch aus Delegierten zusammensetzen. Gar nicht berücksichtigt (!) sind in der obigen Darstellung bisher Teilnehmer*innen oder Delegierte mit beratender Stimme sowie Nachrücker*innen oder Ersatzdelegierte.

Irgendwie gesellschaftlich verankert, sei es in der lokalen Antifagruppe, dem Kleingartenverein oder der regionalen Ökogruppe, ist hier übrigens noch niemand. Im Gegenteil: Die Partei saugt die Genoss*innen förmlich von der Straße, vom Verein und aus den Kiezen weg hinein in eine Sitzung, die die nächste jagt.

Auch nicht irgendein Flyer ist innerhalb der Termindichte gesteckt, kein Plakat gehängt, kein Infostand gemacht – kurzum: Noch gar kein Wahlkampf gemacht oder Präsenz in den Zwischenwahlkampfzeiten erzeugt.

In unserer Organisation stehen wir also zum einen vor dem Problem, dass wir zahlreiche Aufgaben und Ämter haben, die wir in Zukunft immer schwerer besetzen können werden und/oder aber es immer häufiger zu Ämterhäufungen kommt, und zwar nicht aus „Ämtergeilheit“, sondern aus purer Not.

Gleichzeitig haben wir kaum Anlaufpunkte für neue Mitstreiter*innen. Für viele, gerade für jüngere, sind Kommissionen, Vorstände etc. keine attraktiven Orte. Alle unsere Ämter weisen eine relativ hohe Partizipationsschwelle auf, das heißt, es ist schwer, sich dort herein zu finden und auch der konkrete Output und damit das notwendige positive Gefühl, etwas bewirkt zu haben, stellt sich (wenn überhaupt) erst sehr spät ein. Gleichzeitig stellen diese Aufgaben eine hohe Anforderung an Kontinuität, die jedoch häufig mit den Zeitbudgets und auch der Lebenswirklichkeit derer, die zu uns kommen, kollidiert. Fast schon bizarrer Weise stehen wir andererseits aber auch genau vor dem Problem, dass es kaum attraktive Andock- und Anlaufpunkte für die Neuen gibt. Wo soll man die Leute auch hinschicken? In die zunehmend sterbenden, vergreisenden und nicht selten auch kulturell recht „geschlossenen“ Basisorganisationen? In landesweite Zusammenschlüsse mit der Gefahr, dass gerade einer erwischt wird, der nicht arbeitet, sich nicht meldet und nichts anzubieten hat? Auf die Parteitage, wo man nur eine*r von mehreren hundert Leuten ist und mit Wahlen und Ordnungen zugeballert wird? Dabei verstärkt sich das Problem gewissermaßen von selbst.

Dort, wo es keine Anlaufpunkte gibt, bleiben die Leute weg oder treten gleich wieder aus. Den nächsten Leuten wird es ähnlich gehen und so kommen die vielen einzelnen nicht zusammen, sondern wenden sich enttäuscht von uns ab, während wir enttäuscht zusehen müssen, wie wir unsere Ämter nicht mehr besetzen können und die verbleibenden Genoss*innen zunehmend in ein terminliches und belastungsinduziertes Koma schicken.

Wenn es jedoch die vorhandenen Strukturen nicht sind, welche die Einbindung sicherstellen können und gleichzeitig dieselben Strukturen sind, welche den aktiven Genoss*innen immer mehr Arbeit aufhalsen, müssen eben jene Strukturen vorurteilsfrei komplett überdacht werden.

Jedoch: Der Landesverband kann und sollte sich nicht wesentlich in die Selbstorganisation der Kreisverbände einmischen. Zum einen sind die strukturellen und personellen Gegebenheiten in den Kreisverbänden in sich sehr verschieden, unterliegen erheblichen Schwankungen und können letztlich nur vor Ort umgesetzt werden. Hier bleibt allein die Bitte, aus der landesweiten Strukturdebatte die Anregungen und Argumente mit in die Kreis- und Ortsverbände zu nehmen und vor Ort adäquate Lösungen zu finden.

Andererseits kann die Landesebene jedoch die Kreisverbände aktiv unterstützen – und andersherum auch die Kreise die Landesebene. Denn dort, wo viele Ämter anfallen, bleiben weniger, für die jeweils andere Ebene übrig. Dort, wo viel Überlastung entsteht, bleibt wenig Zeit und Kraft, um das Geschehen der einen gegenüber der anderen Ebene rückzukoppeln. Es ist daher an den Kreisverbänden wie am Landesverband, für eine deutliche Entschlackung zu sorgen. Dabei kann es aber durchaus nützlich sein, vorhandene zentrale Anlaufpunkte zu stärken. So gibt es Kreisverbände, die gewissermaßen ihren Vorstand zum zentralen Anlaufpunkt im Kreis gemacht haben – entweder qua Erhöhung der Mitgliederzahl oder durch eine offene Einladungskultur, auf die jedoch auch eine tatsächlich offene und einladende Sitzungskultur folgen muss.

6. Debattenprozesse vs. Jede*r schreibt mal drauf los

Da es um das Überleben der Partei geht, damit um Ressourcenklärungen für die nächsten Jahre häufig mehr als um die gemeinsame Gestaltung zukunftsfähiger solidarischer oder politisch inhaltlicher Konzepte, sind wir in Teilen handlungsunfähig geworden. Ein weiterer Aspekt, der dazu führt, die Mehrfachbelastung der Einzelnen in Verbindung mit dem kleiner werdenden Kreis an Aktiven, hat zu einer Debattenkultur im Landesverband geführt.

Strukturierte, einer Partei immanente Debattenprozesse werden ignoriert, nicht teilgenommen, für unwichtig erachtet oder sie überfordern schlichtweg. Die einen hoffen auf brachiale Klärung ihrer Idee der zukünftigen Ausrichtung durch eine ggf. knappe Mehrheitsentscheidung auf einem Landesparteitag oder in einem Gremium und bringen sich dementsprechend nicht in Debatten ein. Andere würden gern, schaffen es zeitlich nicht, sind dann aber im Vorfeld von Veranstaltungen mit extrem aufgeladenen und zugespitzten Situationen konfrontiert.

Ein gemeinsames Diskutieren von Ideen, Positionen, das Ringen um die beste Lösung findet nicht mehr statt oder hat eine Form angenommen, die Teilhabe Vieler nicht ermöglicht, sondern Diskussionen zu Elitendebatten verkommen lässt. Deutlich sichtbar wird dies vor Landesparteitagen. Es finden zusätzlich Beratungen statt – auf Landesebene, in den Kreisen, in Zusammenschlüssen. Es werden Unmengen an Anträgen und Änderungsanträgen produziert.

Egal welche Diskussion der letzte Jahre wir nehmen, ob nun die Satzungsdebatte, die Finanzdebatte, Diskussionen zu Leitanträgen ... meist Monate vor der Entscheidung lagen Diskussionspapiere vor, gab es Angebote für Diskussionen vor Papierentstehung, nach ersten Entwurfsfassungen und sie wurden schlichtweg nicht genutzt oder nur von Basisgenoss*innen, bei Angeboten vor Ort. Dieses Problem liegt auch begründet in der Vielzahl an Entscheidungs- und Diskussionsorten in unserer Partei. Wer für ein Anliegen oder ein Konzept werben will, muss den Landesvorstand, den Landesrat, die Kreisvorsitzenden und auch die Kreisvorstände, eventuelle weitere Gremien wie den Finanzbeirat und natürlich auch „die Basis“ mit einbeziehen und gewinnen. Das führt zu einem enormen Kommunikationsaufwand auf der einen und zu einer großen Unübersichtlichkeit an Papieren auf der anderen Seite.

Hinzu kommt: Macht- und Verteilungskämpfe gibt es zwischen Stadt und Fläche, zwischen Einzelpersonen und Gruppen im Landesverband. Im Zuge dieser Konflikte, welche an sich nicht unnormal sind, kommt es jedoch auch zur rein instrumentellen Betrachtung einzelner Fragestellungen.

Das ist in Summe eine Situation, die die Mehrheit der Mitglieder ganz bestimmt nicht will. Wir reden immer davon, Mitgliederpartei zu sein. Die derzeitige Debattenkultur gibt das nicht her. Vielmehr führt die Situation im Kern dazu, dass ein Landesvorstand nicht mehr planen kann - jenseits von der zur Kenntnisnahme, dass es eh immer anders kommt und konfrontativ ist. Das ist aber seine Aufgabe gemäß Satzung. Und das betrifft dann wiederum die Planung für die Einbindung von Mitgliedern in Form von Befragungen und vor-Ort-Debatten. Weiter im Prozess die Übertragung der Ergebnisse in Vorschläge für Landesvorstandssitzungen oder Landesparteitage. Und gerade in puncto Einbindung haben wir tunlichst Nachholebedarf. Bei der Entwicklung von Lösungen, wie wir auch diejenigen einbinden, die nicht in Gremien sitzen, einen anderen Blick haben und wie wir Wege finden, ihre vielen Positionen mit einzubinden. Vorher müssen wir überhaupt Lösungen finden, wie wir mit und in unseren Gremien wieder effizient miteinander arbeiten und kommunizieren können. Die Satzungs- und Strukturdebatte als auch die Finanzdebatte zeigen deutlich, wie dringlich dieses Anliegen ist.

Begründung:

Mit dem vorliegenden Papier wollen wir eine Situations- und in Teilen auch eine erste Problembeschreibung geben, die unser Landesverband hat. In diversen Papieren und Anträgen für den Landesparteitag wird von falschen Annahmen ausgegangen, welche wiederum zu fatalen Schlussfolgerungen bei der Ausrichtung der Finanz- und Strukturdebatte führen. Um Trugschlüssen vorzubeugen wird hiermit eine Grundlage zur weiteren Debatte vorgelegt.

Entscheidung des Parteitages	
angenommen:	abgelehnt:
überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	